

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Der deutsche Schritt in Paris.

Paris, 10. Oktober. (WTB.) Havas veröffentlicht folgende, offenbar halbamtliche Erklärung:

Die deutsche Regierung hat ihre diplomatischen Vertreter in Paris und Brüssel eine neue Demarche bei der französischen und der belgischen Regierung unternehmen lassen, um an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit in den besetzten Gebieten teilzunehmen. Man erinnert sich, daß sie bereits unlängst den Wunsch ausgesprochen hat, die Einstellung des passiven Widerstandes zum Gegenstande einer Verhandlung zwischen dem Deutschen Reich, vertreten durch einen Reichskommissar, und den alliierten Behörden zu machen. Dies ist ihr verweigert worden, solange der passive Widerstand nicht aufgehört habe. Die deutschen Behörden wollen die Wiederaufnahme der Arbeit und der Kohlelieferungen zum Vorwand nehmen, um neue Verhandlungen zu beginnen. Aber man hat allen Grund anzunehmen, daß ihre Hoffnung auch nach dieser Richtung enttäuscht wird, und daß Ministerpräsident Poincaré in der Unterredung, die er morgen mit dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Hoersch, haben wird, sich weigern wird, in dieser Hinsicht Bestätigung zu gewähren. Die alliierten Regierungen wollen tatsächlich diese Frage nicht mit der deutschen Zentralregierung erörtern, d. h. mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Befehlshaber organisiert hatten, aber sie sind sehr geneigt, direkt mit den örtlichen Behörden oder mit den örtlichen Unternehmern oder Arbeitergruppen alle notwendigen Arrangements über die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen. Das Abkommen, das gestern durch die Alliierte Kontrollkommission mit der Gruppe Otto Wolff abgeschlossen wurde, beweist hinlänglich, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktisch ist. Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlung über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ausgezeichnetem Wege ist und in wenigen Tagen allgemein sein wird, verlangsamen. Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs wünschenswert noch nützlich, im Gegenteil: sobald die Einstellung des Widerstandes in der Praxis vollkommen sein wird, steht es dem Reichskanzler Dr. Stresemann frei, sich an die Reparationskommission zu wenden, um ihr seine Absichten bekanntzugeben und zu verlangen, über die zukünftigen Verhandlungen der Reparationskommission gehört zu werden. In ihr und nur in ihr allein müssen sich die diplomatischen Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland vollziehen. Der Reparationskommission ist übrigens bereits heute der Text des Wolff-Abkommens übermittelt worden, damit sie prüfen kann, ob die Festsetzungen dieses Abkommens mit ihren eigenen Entscheidungen in Einklang stehen.

Die offiziöse Havas-Meldung ist geeignet, die Befürchtungen hinsichtlich der Aufnahme des deutschen Schrittes in Paris noch mehr zu verstärken. Wenn Poincaré sich bei seiner heutigen Besprechung mit dem deutschen Geschäftsträger tatsächlich im Sinne der Havas-Note äußern sollte, so würde das bedeuten, daß die französische Regierung sich in strikter Gegenfah zu ihren eigenen feierlichen Erklärungen stellt und planmäßig auf den Zerfall des Deutschen Reiches hinarbeitet. Zwar wird, wie die „Wolffsche Zeitung“ aus Paris meldet, im französischen Auswärtigen Amt bestritten, daß Frankreich die Reichsregierung ignorieren wolle. Wenn aber nun offiziös erklärt wird, Frankreich zöge es vor, mit den örtlichen Behörden und Unternehmern zu verhandeln, und daß die Reichsregierung sich später mit ihren Vorschlägen an die Reparationskommission wenden könne, so bedeutet das nichts anderes, als die völlige Ignorierung und Ausschaltung der deutschen Regierung und die tatsächliche Ausübung der Souveränität des Deutschen Reiches. Diese geht im Ruhrgebiet geübte Taktik wäre gleichbedeutend mit der offenen und geheimen Förderung der monarchistisch-separatistischen Tendenzen in Bayern, die durch französische Agenten betrieben worden ist.

Hierzu muß allerdings gesagt werden, daß dieses Vorgehen, das den Bestand der deutschen Republik auf das ernsteste gefährdet, von den deutschen Herren und Industriellen im Ruhrgebiet und im Rheinland ebenso gefördert wird wie von den Monarcho-Separatisten in Bayern. Erst die Verhandlungen der Kohlen- und Eisenerzwerke mit General Degoutte, erst ihr heimtückischer Vorstoß gegen das Reich und die Arbeiterschaft haben die französische Regierung in den Stand gesetzt, jetzt einen Teil gegen den anderen auszuspielen und die Lage der Reichsregierung bei den Verhandlungen mit Frankreich auf das äußerste zu erschweren. Das gilt nicht nur für das Vorgehen der Stinnes-Gruppe, sondern auch für den Sondervertrag des Otto-Wolff-Konzerns, den Genosse Hermann Müller gestern im Reichstag als Landesverrat gebrandmarkt hat.

### Der Dolchstoß der Ruhrindustriellen.

Paris, 9. Oktober. (CP.) Ueber das Abkommen, das von der Otto-Wolff-Gruppe mit dem General Degoutte geschlossen wurde, ist der „Temps“ in der Lage noch mitzuteilen, daß das Abkommen bereits der Reparationskommission zur Begutachtung vorliegt. Die Rechte Frankreichs und Belgiens würden durch das Abkommen vollauf gewahrt, da ihnen der ihnen zustehende Anteil an den deutschen Kohlelieferungen gesichert sei. Italien und England würden keine Kohle erhalten, Italien nicht, weil es ein Sonderabkommen mit der Reichsregierung getroffen habe, und England nicht, weil es genügend Kohle im eigenen Land besitze. Die Otto-Wolff-

Gruppe sei durch dies Abkommen in die Lage versetzt, Kohle im unbesetzten Gebiet verkaufen zu können, ohne sich an die vom Kohlenyndikat festgesetzten Richtpreise halten zu müssen. Ferner habe die Harpener Bergwerksgesellschaft ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Sachleistungen wieder aufzunehmen.

### Wiederaufnahme der Sachleistungen.

Brüssel, 9. Oktober. (TL.) Halbamtlich wird mitgeteilt, daß der deutsche Geschäftsträger in Brüssel Jaspas die Bereitschaft der Reichsregierung zur Wiederaufnahme der Sachleistungen mitgeteilt hat.

### Kurzarbeit statt Mehrarbeit.

Essen, 10. Oktober. (WTB.) Nach einer Mitteilung aus gewerkschaftlichen Kreisen hat die Nordwestgruppe der Eisenindustrie, wozu auch die rheinisch-westfälische Grubenindustrie gehört, beschlossen, vorläufig die Arbeitszeit auf den den Gruben angelegten Betrieben von wöchentlich 48 auf 30 Stunden herabzusetzen. Auch die Lohnzahlungen sollen in entsprechendem Maße verkürzt werden. Auf den Kruppischen Werken der Dortmunder Union und dem Eisen- und Stahlwerk Hoersch sind bereits dementsprechende Bekanntmachungen an die Arbeiter ergangen.

### Die Wiederaufnahme der Arbeit.

Essen, 10. Oktober. (WTB.) Die Vertreter der Essener Handelskammer haben mit den französischen Behörden Fühlung zur Wiederaufnahme der Arbeit und wirtschaftlichen Tätigkeit genommen.

### Rheinische Besorgnisse.

Köln, 9. Oktober. (WTB.) Die „Königliche Zeitung“ drückt ihre Ansicht über die Verhandlungen der Schwerindustrie mit General Degoutte und über die Forderungen der Schwerindustrie auf Abschaffung des Achtstundentages deutlich in ihrer Abendausgabe aus. Es heißt darin, die Schwerindustrie eröffne den Kampf gegen die sozialistischen Wirtschaftswesen durch ultimative Beschlüsse der Bergberren. Die Bergarbeiterverbände sind sehr empört. Im einzelnen schreibt die „K. Z.“ zu dem Vorgehen der Grubeneigentümer im Ruhrgebiet, es zeige sich auch in dieser Frage, mit wie wenig Ueberlegung der passive Widerstand aufgegeben sei. Es hätten vorher zum mindesten klare Ueberlegungspläne ausgearbeitet werden müssen. Schon einmal sei die Förderung von mehreren Monaten den Franzosen in die Hände gespielt worden. Es ergebe sich die Frage, ob nun abermals die ganze Förderung nur den Franzosen zugute kommen solle. Wenn das der Fall wäre, dann sei die ganze Begründung, die die Bergbauunternehmer für ihre Maßnahmen gegeben hätten, hinfällig; denn den Ruhm von der Mehrarbeit der Bergleute hätten dann nicht wir, sondern nur die Franzosen und Belgier. Der Verlust des Ruhrkampfes sei nicht zuletzt auf große Fehler der Industrie und des Bergbaus zurückzuführen, die sich gern als den Generalstab in dem großen Kampf bezeichnen. Sonderverhandlungen trieben nur Wasser auf die Mühle der gegen die Reichseinheit gerichteten französischen Politik. Es dürfte sich daher auch für die stärkste Interessenten-Gruppe empfehlen, nichts zu überhasten. Die Franzosen schöpfen im Ruhrgebiet nur den Rahm ab und übersehen die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und -nehmern den Deutschen, damit diese mit ihrer Uneinigkeit das politische Ziel der Franzosen fördern.

Die „Rheinische Zeitung“ äußert sich zu den Plänen der Schwerindustrie in scharfen Worten. Sie schreibt, das Verhalten von Stinnes grenze an Landesverrat. Die Schwerindustrie sei nicht nur bereit, sich Vorteile an der Regiebahn zu verschaffen, sondern diese auch den fremden Nachhabern die freiwillige Hestellung der deutschen Arbeiterschaft an Ruhr und Rhein an und erwarde dazu noch die Zustimmung der deutschen Regierung. Selbst die belgischen und französischen Beauftragten seien von diesen scharfmacherischen Forderungen abgerückt. Das Kabinett stehe vor der entscheidenden Frage, wer die Autorität über die deutsche Wirtschaft in der Hand behalte.

### Kundgebung französischer Gewerkschaften.

Paris, 10. Oktober. (WTB.) Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes CGT hat gestern beschlossen, am 11. November eine nationale Arbeiterkundgebung für den Frieden zu veranstalten. Die Kundgebung soll in Paris, Lille, Reims, Bordeaux und Straßburg, vielleicht noch in einer sechsten Stadt stattfinden.

### Die dritte Milliarde erreicht!

Die Devisenhauts erhielt heute neue Nahrung durch die Meldungen Pariser Blätter, daß der Schritt des deutschen Geschäftsträgers bei Poincaré voraussichtlich ergebnislos bleiben werde und daß Frankreich nicht daran denke, mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Auch die Separatverhandlungen und Sonderabkommen einzelner Gruppen deutscher Industrieller mit Frankreich und Belgien sowie die daraus entstehende Zuspitzung der innerpolitischen Gegensätze tragen wesentlich zur Verstärkung der pessimistischen Auffassung bei. Man handelte in der ersten Boursestunde Dollar mit 2,7 bis 3 Milliarden, Pfunde mit 13 bis 14 Milliarden, Dollarschekenausweisungen mit 24 und Goldanleihe mit 2,1 Milliarde. Ähnlich notierten Kabel New York 2,975 Millionen bei 6 Prozent Zuteilung und London 13 500 Millionen bei 8 Prozent Zuteilung.

Die Umsätze in wertbeständigen Anleihen erreichten einen bisher noch nie dagewesenen Umfang. Am Markt der Industriepapiere hielten jedoch, trotz der festen Tendenz, die Kurssteigerungen nicht mit der seit den letzten Tagen eingetretenen Marktentwertung Schritt.

## Der Staat im Staate.

Die Meldung, daß auch der deutsche Gewerkschaftsring beschlossen hat, nach den letzten Vorstößen der Bergberren die Zentralarbeitsgemeinschaft aufzukündigen, zeigt, wie die Empörung über die Mächenschaften der Stinnes und Konsorten auch die Kreise ergreifen, denen man alles andere als nur „Marxismus“ vorwerfen kann. Der Unwille über den offenen Landesverrat der Industriellen kommt in allen Lagern unverhüllt zum Durchbruch. In der „D. Z.“ äußert er sich in verlegenem Schweigen. Selbst Helfferich mußte in seiner gestrigen Reichstagsrede betonen:

„In einer solchen Zeit und in einer solchen Lage, in der wir uns befinden, dürfen von keiner Seite Verhandlungen geführt werden, über die nicht vorher die engste Vereinbarung mit der Regierung getroffen worden ist. Wir bedauern, daß die betreffenden Herren auf eigene Verantwortung gehandelt haben; hoffentlich (!) haben sie im Interesse des Vaterlandes gehandelt.“

Nur der „Tag“ macht den Versuch, die Pressenkampagne für die schwerindustriellen Schlotbarone weiterzuführen. Er wagt es zu behaupten, daß die bisher verbreiteten Meldungen den „Stempel agitatorischer Macho an der Stirn tragen“. Vorsichtigerweise spricht er aber nur davon, daß die berühmten 10 Fragen des Herrn Stinnes, an die Reichsregierung in „etwas (!) verdrehter Form“ mitgeteilt seien. Das Dementi ist also schon sehr vorsichtig und die Entrüstung über die unverantwortlichen Indiskretionen höchst überflüssig. Die „Wolffsche Zeitung“, die zuerst in der Lage war, eingehende Mitteilungen über die landesverräterischen Verhandlungen der Industriellen zu machen, betont:

„Es ist ein Glück, daß anscheinend irgendwelche Stellen außerhalb der Regierungskreise, die von den Dingen erfahren hatten, die Möglichkeit besahen, das interessante Dokument der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

Daß selbst Kreise, die Herrn Stinnes nahestehten, über seinen rücksichtslosen, wahrhaft „marxistischen“ Klassenegoismus, dem Reich und Staat vollkommen gleichgültig sind, entsetzt sich von ihm abzuwenden, scheint doch aus den Pressemeldungen hervorzugehen, nach denen sein bisheriger Generaldirektor Minoux sich „aus politischen Gründen“ von ihm getrennt hat. Selbst christliche Gewerkschaftsorganisationen im Ruhrgebiet verlangen die Verhajtung des Allgewaltigen und rücksichtslosen Zerstörers der deutschen Wirtschaft.

Wie sehr Stinnes und seinen Freunden das Vaterland nichts und der eigene Verdienst alles ist, zeigt der „Tag“ in seiner offen ausgesprochenen Erwartung, daß die Verhandlungen der deutschen Regierung in Paris und Brüssel mit den Befehlsmächten scheitern möchten und daß dann die deutsche Regierung gezwungen sein würde, auf die industriellen Vorschläge einzugehen. Dabei läßt man zwischen den Zeilen ganz eindeutig durchblicken, daß die Franzosen und Belgier ja doch mit den Industriellen verhandeln werden, die deshalb alle Trümpe gegenüber dem eigenen Lande in der Hand haben. Der „Tag“ bringt es fertig, das Abkommen der Wolff-Gruppe mit den Franzosen einfach wiederzugeben und dazu nur die Bemerkung zuzufügen:

„Auch zu diesem Abkommen wird sich die Reichsregierung äußern müssen, weil es ja zu einem Chaos im Wirtschaftsleben führen müßte, wenn solche Abkommen nicht in Uebereinstimmung mit den von der Reichsregierung anerkannten Richtlinien geschlossen werden.“

Das also ist der Sinn der industriellen Verhandlungen. Die Regierung wird sich äußern müssen, weil es „zu einem Chaos führen würde“, wenn nicht „Uebereinstimmung zwischen ihr und den Industriellen“ herrscht. Die Industriellen haben also nach Ansicht des „Tag“ offenbar vor Gott und den Menschen die Genehmigung, mit den Feinden Abmachungen zu treffen, zu denen die verfassungsmäßige Regierung nachher nur Ja und Amen zu sagen hat. Die „Wolffsche Zeitung“ weist besonders darauf hin, daß der Fragebogen der Industriellen auch die Frage der von den Franzosen geforderten Eisenbahnbetriebsgesellschaft im besetzten Gebiet vorsieht und bemerkt dazu:

„Die Rhein-Ruhr-Bahn als privatwirtschaftliche Gesellschaft ist aber gleichzeitig ein alter Stinnescher Lieblingsplan. Man muß sich heute daran erinnern, daß vor kurzem bereits die „Daily Mail“ davon zu berichten wußte, daß Herr Stinnes in Paris und wahrscheinlich auch in London über diesen Plan verhandelt habe. Damals ist ein Stinnesches Dementi erfolgt. Aber noch nach diesem Dementi hat uns persönlich ein sehr angesehener und mit den holländischen Finanzkreisen nahe vertrauter neutraler Ausländer auf das bestimmteste versichert, daß von Stinnescher Seite derartige Verhandlungen geführt worden seien, und zwar mit der Absicht, einen der Söhne von Stinnes in die Direktion dieser Rhein-Ruhr-Bahn zu bringen.“

Ganz richtig charakterisiert deshalb Georg Bernhard das Vorgehen des Herrn Hugo Stinnes, wenn er schreibt:

„Was hier getrieben wird, ist ganz große Politik. So handelten jene Renaissance-Menschen, die als Condottieri aus der Geschichte des mittelalterlichen Italien bekannt sind. Man kann aber auch die deutsche Reichsgeschichte zum Vergleich heranziehen: die Territorialfürsten leben wieder auf, die immer, wenn die Reichsgewalt schwach war, gegen den Kaiser ihre Verträge schlossen. Auch mit den Franzosen (so ging das Glück des Reichs an Ludwig XIV. verloren). Wirklich scheinen die Tage des heiligen Römischen Reiches deutscher Nation wiederzukommen. Und des prophetischen Rothsaus Wort von den „Erzherzogtümern“ gewinnt schreckhafte Wirklichkeit.“

Es ist in der Tat kein Kampf um die „Gesundung der deutschen Wirtschaft“, kein Kampf um den „Wiederaufstieg

Deutschlands zu einstiger Macht und Größe", wie man einer irreführenden, von nationalistischen Idealen erfüllten Jugend einzureden sich bemüht, den die Stimmlose führen. Es ist vielmehr der rücksichtslose, eventuell über die Trümmer des Landes hinweggehende Kampf großer Industriemagnaten um die Erhaltung und Aufrichtung einer wirtschaftlichen Monarchie, die mit der sozialen und politischen Einrichtung des Volkes, mit der Zertrümmerung Deutschlands und der Zerstörung und Ausschaltung des wichtigsten Teiles des deutschen Wirtschaftslebens verbunden sein müßte. In dem Kampf gegen diese verbrecherischen Pläne sollten sich alle ehrlichen Schichten des Bürgertums nicht von der Arbeiterklasse trennen lassen. Das Geschwäg vom "Marxismus", die Hege gegen den Achtstundentag, sie dient nicht, wie eine getaupte Presse dem Bürgertum einzureden sich bemüht, der Wiederherstellung unserer Wirtschaft, sie dient der Aufrechterhaltung des bisher betriebenen Raubhaues auf Kosten aller schaffenden Schichten zugunsten eines kleinen Teiles der deutschen Industrie. Die sozialen und politischen Fragen, die durch diesen Vorstoß der Stimmlose, durch die Enthüllung ihres nächsten Klassenegoismus aufgeworfen sind, werden nicht gelöst werden können, ohne daß auch die bürgerlichen Parteien der Koalitionsregierung sich klar darüber werden, ob sie das Treiben der überall eingenisteten Interessentengruppen weiter dulden wollen. Die "Bosnische Zeitung" richtet an den Reichskanzler die bedeutsame Frage, deren Tragweite vielleicht in den nächsten Wochen erst recht klar werden wird:

"Für den Reichskanzler ergibt sich aber doch wohl noch eine andere Ueberlegung. Glaubt er wirklich eine Koalition aufrecht erhalten zu können, in der die Kanzlerpartei solche Elemente enthält? Will er nicht endlich das gesamte deutsche Bürgertum, das nicht gewillt ist, Klassenkampf zu dulden, nur um die Großmacht von ein paar Dutzend Wirtschaftlern zu stützen, einheitlich zusammenschließen? Vor einer solchen Forderung würden alle Parteiführer fallen. Heute kann er noch die Brücke schlagen, die vom Bürgertum zur Arbeiterklasse führt. Heute, wo die wirklichen Ziele seiner Gegner durch sie selbst enthüllt worden sind. Er wäre der Mann. Er sei es."

Wir wissen nicht, ob der Reichskanzler die Größe der Gefahr erkennt, in die das Land durch die Industriemagnaten gebracht wird. Sicher ist nur das eine, daß die Dinge ihn und uns alle vor diese Entscheidung stellen werden: Wer soll in Deutschland der Herr sein?

## Landesverrat?

Man dreht den Spieß um.

Zu der gestrigen Erklärung des Ministers Sollmann erzählt die industrielle Telegraphenunion von unterrichteter Seite folgende ergänzende Tatsache:

Wehreren während der Kabinettstrik noch amtierenden Ministern ist von den bevorstehenden Verhandlungen mit den französischen Besatzungsbehörden Kenntnis gegeben worden. Ebenso dem Staatssekretär der Reichskanzlei, da der Reichskanzler verhindert war. Daß mit den Besatzungsbehörden Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Produktion, die Inangabe des Verkehrs, der Ein- und Ausfuhr stattfinden müßten, war nach Lage der Dinge nicht mehr zu umgehen. Da regierungsgesamt erklärt wurde, daß es nach Aufgabe des passiven Widerstandes nicht gelungen sei, mit den Franzosen zu Verhandlungen zu kommen, auch nicht zu Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet, wurde vorgeschlagen, aus dem Wirtschaftsausschuß der besetzten Gebiete eine Kommission zu ernennen, die bevollmächtigt verhandeln sollte. Zu dieser Kommission gehörte auch ein Teil der Herren, die in Düsseldorf verhandelt haben.

Diese Verhandlungen sind in stetiger Fühlungnahme mit der amtlich ermächtigten Kommission geführt worden, wie auch die Regierung über alle Einzelheiten auf das genaueste unterrichtet war. Auf Wunsch des Herrn Reichskanzlers ist ihm in einem persönlichen Schreiben eine Darlegung der Punkte übermittelt worden, über welche die Verhandlungsführer zur Festlegung der Verhandlungsgrenzen bei der Fortsetzung der Verhandlungen Instruktionen der

Regierung zu besorgen wünschte. Dieses Schreiben enthält keine ultimative Forderungen. Es ist, wie vereinbart, am vergangenen Sonntag der Reichskanzlei zugegangen, damit das Kabinett bis zum Dienstag dazu Stellung nehmen konnte. Abschritt dieses Schreibens kann nach Lage der Sache nur aus der Reichskanzlei in unbefugte Hände gelangt sein. Die Veröffentlichung in der "Wolfsche Zeitung" Nr. 477, stellt eine böswillige Verdrehung des Briefinhalts dar, die eine Kenntnis des wirklichen Briefinhalts zur unbedingten Voraussetzung haben muß, wie die Deffenhaftigkeit nach Kenntnisnahme des Originaltextes ohne weiteres feststellen wird. Die Folgen dieses Landesverrats (!) können in ihrer Tragweite noch nicht abgesehen werden. Die Entscheidung über die Veröffentlichung des Briefes muß der Reichsregierung bei der Bedeutung der Angelegenheit vorbehalten bleiben, zumal da der Brief auf Wunsch und nach Rücksprache mit der Regierung abgefaßt worden ist. Der ganze Sachverhalt ergibt die zwingende Notwendigkeit, gegen die verantwortlichen Urheber der Veröffentlichung wichtiger Staatsgeheimnisse heute noch das Verfahren wegen Landesverrats zu eröffnen.

## Der Ausbau der Wasserkräfte.

Der wasserwirtschaftliche Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrats hat seine Beratungen über den Ausbau und die Ausnutzung der Wasserkräfte Deutschlands beendet. Das Ergebnis ist in einem Antrag niedergelegt, der die Regierung ersucht, den Ausbau der Wasserkräfte Deutschlands mit möglicher Beschleunigung planmäßig und nach einheitlichen Gesichtspunkten vorzunehmen. Die Verleihung von Wasserkräften soll nicht auf unbegrenzte Zeit und wenigstens grundsätzlich nicht ohne entsprechende Wasserginsleistung erfolgen. Der Ausbau soll ferner nur unter Berücksichtigung des Standpunktes des Gemeinwohls geschehen. Eine Beobachtung dieses Grundgesetzes wird auch bei den bereits ausgebauten Wasserkräften für notwendig erachtet. Nach dem Antrag zur Erläuterung beigegebenen Beilagen ist für die Wasserkräfte der Reichswasserstraßen das Reich zuständig. Der Ausbau von Wasserkräften in Flußgebieten, die innerhalb der Grenzen der einzelnen Länder liegen, unterliegen den Anordnungen der beteiligten Länder. Wenn eine Einigung unter den Ländern nicht erzielt werden kann, soll das Reich eine schiedsrichterliche Entscheidung herbeiführen. Das Recht zur Ausnutzung einer Wasserkraft wird durch staatliche Verleihung begründet. Diese Verleihung ist nur für Inländer auf eine Höchstdauer von 70 Jahren vorgesehen. Nach Ablauf der Verleihungsfrist fällt das Kraftunternehmen mit Ausnahme etwaiger mit diesem in Verbindung stehenden Fabrikanlagen losen- und schuldenfrei dem Reiche bzw. dem Staate anheim. Die Festsetzung des Wasserzinses soll nicht nach steuerlichen, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten bemessen werden. Falls es sich um Werke mit Ueberanderversorgung handelt, berechnen die Verleiher Reich und Staat, sich elektrische Energien für eigene Zwecke zu sichern. Sie räumen dem Staat im weiteren ein Einspruchsrecht gegen die Bestimmung des Tarifes in der Art ein, daß er auf eine Ermäßigung der Preise dringen kann, wenn der Reingewinn eine gewisse Höhe erreicht hat.

## Die Tätigkeit des Sparkommissars.

Am Haushaltsausschuß des Reichstags gab der Vertreter des Sparkommissars einen Ueberblick über die Art der Tätigkeit des Sparkommissars und seiner Mitarbeiter und hob hervor, daß er bei der systematischen Durchsicht der Reichsministerien und Reichsbehörden den gesamten organisatorischen Aufbau der Behörden von unten heraus prüft. Im Verlaufe seiner Arbeit habe sich gezeigt, daß die im durch Kabinettsbeschuß vom 27. November 1922 übertragene Vollmacht nicht ausreicht, um seine Arbeit ersprießlich zu gestalten. Der Vertreter des Sparkommissars gab weiter eine Uebersicht über die in den einzelnen Reichsbehörden zur Durchführung gelangten Ersparnisse und erwähnte hierbei besonders das Auswärtige Amt, den Abbau des Versorgungswesens, die erheblichen Ersparnisse beim Reichsministerium für Wiederaufbau und seinen nachgeordneten Behörden, die Reichspostverwaltung und anderes mehr. Er berührte die Mischeinbeziehung der Reichskasse in seinen Ausgabekreis, ging dann auf die großen Schwierigkeiten in der Heranziehung geeigneter Mitarbeiter ein und erwähnte, daß er auch nicht immer diejenige Unterstützung erhalten habe, die im Interesse der Sache erforderlich gewesen wäre.

Reisen seien gemacht worden, um die Sparaktion auch in die mittleren und unteren Instanzen der Reichsressorts auszuweiten. Der Sparkommissar habe sich an Stelle eines höheren Beamten des Auswärtigen Amtes an zwei Reisen dieses Ressorts in das angrenzende Ausland betätigt, die das Ressort ohnedies geplant hatte, um die das Reich sehr belastenden Ausgaben der auswärtigen Mission zu verringern.

## Eine Insel des Schreckens.

Genosse Th. Dan, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, richtet folgenden Appell an das internationale Proletariat:

Im hohen Norden, weit vom Festlande, sieben bis acht Monate im Jahr völlig von der ganzen Welt abgeschnitten, ragt im Weißen Meer eine Gruppe kleiner Inseln empor. Das sind die berühmten Solowki-Inseln.

Hier suchten vor Jahrhunderten fromme Mönche ein einsames Asyl. Hierher deportierte die Zarenregierung die Reher, die die Segnungen der alleinseligmachenden orthodoxen Kirche anzweifeln. In finsternen Kojetteln blieben sie hier in der Regel bis zu ihrem Lebensende eingekerkert.

An ihrer Stelle ist jetzt eine neue Bevölkerung auf der Insel aufgebracht. Zahlreiche Personen leben hier und die alten Kojetteln sind mit neuen "Rehern" angefüllt. Das sind aber keine Religionsstörer, sondern politische Gefangene, Sozialisten und Anarchisten, die es gewagt haben, die alleinseligmachenden Lehren der bolschewistischen Kirche anzuzweifeln.

In einem für 80 Insassen berechneten Gebäude auf der zentralsten Sabbathhaus-Insel sind jetzt 200 politische Gefangene, Männer und Frauen, Greise, Jünglinge und junge Mädchen interniert. Viele von ihnen haben lange Jahre in den russischen Zuchthäusern, Gefängnissen und Verbannungsorten zugebracht; andere wieder sind vom Schicksal verurteilt, ihre Lebensfrüher zu begründen. In schmuggigen engen Räumen zusammengepfercht, wissen sie kaum, welche "Verbrechen" ihnen zur Last gelegt werden. Kein ordentliches Gericht hat sie abgeurteilt, vielmehr hat die allmächtige Tscheka, jetzt Staatspolitische Verwaltung genannt, sie ohne Verhör und Anklage mit einem einfachen Federstrich hierher geschleudert, um sie von der ganzen Welt zu isolieren und auf diese Weise unschädlich zu machen. Eine Präventivmaßnahme gegen die Verbreitung der sozialistischen Seuche in den russischen Arbeitermassen!

Ein Hektar Land ist den Gefangenen für den Aufenthalt im Freien zur Verfügung gestellt. Für den geringsten Versuch, die gezogenen Grenzen zu überschreiten, drohen die Schildwachen mit Erschießen; so lauten die strengen Instruktionen für die Wache!

Es gibt keinen freien Menschen auf der ganzen Insel. Nur Gefangene und ihre Wächter. Aus welchen Kreisen rekrutieren sich die Wächter? Mit Ausnahme des Gefängnisdirektors und seines Gehilfen sind alle Aufseher, Begleitsozialisten und Schildwachen Kriminalgefangene, denen man für "treuen" Dienst Strafmilderung zugesagt hat.

Raum drei Monate besteht das hier geschilderte Konzentrationslager für russische Sozialisten am Polarkreis, und schon kommen fortgesetzt Nachrichten über Mißhandlungen der Gefangenen, über verzweifelte Hungerstreiks.

Und das Ergebnis dieser Proteste? "Mit Hungerstreiks werdet ihr nichts erreichen", erklärte zynisch der Vertreter der Tscheka den Gefangenen. "Wenn ihr wirklich nicht in diesen Bedingungen weiter leben könnt, so macht Euren Leben durch Selbstmord ein Ende!"

Der Winter rückt heran, und im Verlauf einiger Monate werden die Hülfskräfte der Genossen und Genossinnen, die in der Finsternis der Polarnacht zugrunde gehen, nicht zu uns gelangen. Erst im nächsten Frühjahr werden wir hören, welche furchtbaren Gefängnisdramen sich in diesen Monaten auf dieser Insel des Schreckens abgespielt, wieviel Personen ihr Leben dafür hingegen haben, daß sie der russischen Arbeiterklasse in dieser kritischen Periode des neu-aufstrebenden Kapitalismus dienen wollten.

Aber diese Dramen und diese Opfer sind unvermeidlich. Nur der letzte einmütige Protest der Arbeiter der ganzen Welt, ohne Unterschied der Parteirichtung, kann die Hand der Moskauer Henker aufhalten. Das internationale Proletariat kann und darf nicht flüchtigend der Zuschauer dieses unerhörten Verbrechens sein.

## "Anna Christie".

(Erstaufführung im Deutschen Theater.)

Ueber dem großen Tisch wird der Name eines jungen Schriftstellers gerufen, der blendend in das amerikanische Leben hineinschleucht und seine vom Gefühl erfüllten Beobachtungen zu ganz neuartigen und spannenden Dramen umformen soll. Das Schauspiel "Anna Christie" von Eugen O'Neill, im papierernen Ungarisch-Deutsch von Melchior Lengyel übertragen, beweist, daß der Ruhm des teuren Mannes vorläufig nur im Reklamblatt steht. Das, was in diesem Schauspiel verhandelt und durch einen Revolutsch befiegt wird, kommt von einem naiven Volksstückmacher, der sich bei den europäischen Nadaudramatikern keine bei geschickteren Menschen kaum noch versagenden Motive borgt. Auch bei den deutschen Kolportagefabrikanten wird ein Pump angelegt, und wir können binab stolz darauf sein, daß der vermögende Parteiführer an unserer Armut bereichert. So ist das Schauspiel O'Neills ein Wert aus veralteten Kliden. Früher spielte man so etwas im Stadttheater, heute wird es an der literarischen Bühne angepriesen.

Anna Christie ist ein armes Süder. Der Vater, Kapitän auf einer Kohlenzille, hat das Würdel, als es erst fünf Jahre zählte, zu fremden Beiden gesteckt. Als sie 20 ist, kommt sie zum Vater zurück. Sie kommt aus einem jener Häuser, wo — eben hat sie das Spital hinter sich. Dann dampft sie mit dem Alten aus Meer hinaus. Zwischen ihr und dem jungen kreuzbraven Maat Burke spinn sich die große Liebe an. Doch Anna, sehr anständig, trotz der Vergangenheit in jenem Hause, gesteht in ihrer großen Szene, was sie gewesen ist. Der brave Junge will trotzdem die Papiere für den Eheherrn besorgen. Anna, der Seelengröße voll, erträgt so viel Glück und Unglück nicht. Der Selbstmordversuch trügt.

Herrliche Tränenrücken- und Flimmerromantik, zwar schon aus der Fassung geraten, doch scheinbar hochwillkommen in den Vereinigten Staaten des Reiches. Es bleibt nur ein wenig Mitleid zurück: Der Seebär im Delrod ist eigentlich ein Prachtkerl, seine verlassene Wittgenossin eine sehr anständige Schlampe, der junge Toppatsch liebenswürdig und moralisch. Doch wo ist die Jugend des amerikanischen Volkes zu finden, seine wirkliche Sittlichkeit oder Schande, die verschieden ist von der verjudeten Kolportage? Wie haben jungamerikanische Lyrik mit sozialer Empfindung, Natursehweigerel, Büffel- und Comboostimmung und Wellenrohmelodie kennen gelernt. Aber die Dramatik, die hier auftaucht, lohnt das Besehen nicht. Das Spiel? Neuentdeckung von Max Galkstorff, der bisher nur ein episodischer, schaffender Spasmacher sein durfte und bei dem plötzlich eine feste Rolle zu bewandern war. Wenn ihm der Text nicht allzu häßlich im Stiche ließ, ging er geradeaus auf Herz. Käthe Dorisch, der liebe Unglückswurm Anna Christie, wiederholte sich gewissermaßen. Sie ist einmal für die tragischen Straßenmädchen gefirmt. Sie bricht in die Knie, sie senkt die

Stimme, sie gibt sich einen verzweifeltten Schwung, sie windet sich in Zerschlagenheit; es übersteht nicht mehr, doch es ist sehr rührend. Daß sie sich aber ausschließlich auf die Hintertreppenschläger kopiert, ist ihr auch dann nicht zu verzeihen, wenn sie das Schandbild in Goldschnitt bindet. Immerhin, Frau Dorisch und Herr Galkstorff, eine Augen- und Ohrenweide, die nicht ermüdet. Dann aber fällt die vollkommene Empfindungslosigkeit des Regisseurs für seine Leute und die nicht minder merkwürdige Taubheit seiner Leute für den Stil auf, der manche Partie des zum Heulen einfalligen Stüdes vielleicht gerettet hätte. Max Hochdorf.

## Auferstehung des Rummels.

In welchem Maße das Stahlbad des Krieges die Menschen gealtert und die Zivilisation gefördert hat, zeigt die Tatsache, daß sich kurz nach Friedensschluß an allen Ecken und Enden Berlins Rummelplätze aufstauten. Soweit ich über das moderne Kunstleben orientiert bin, sind sie inzwischen wieder verschwunden, ein beklagenswertes Zeichen der zunehmenden Demoralisation.

Nun, edler Kunstfreund, du brauchst den Kopf nicht hängen zu lassen, der Rummel ist wieder auferstanden. Direktor James Klein hat ihn sich in die Komische Oper herübergeholt. Schon seine Ankündigungen ließen vermuten, daß etwas Großes im Gange war. "Die größte Revue des Kontinents!" Keine Bühne Europas bietet auch nur annähernd so Gewaltiges an Ausstattungspracht und Namen prominenter Darsteller des In- und Auslandes, wie diese neue Revue der Komischen Oper. Während andere Revuebühnen der europäischen Hauptstädte sich mit zwei bis drei dekorativen Effekten begnügen, reißt Direktor Klein in den Bildern dieser Riesenshow eine unendliche Reihe von verblüffenden Tricks, szenischen Ueberraschungen, farbenprächtigen Balletts wie eine Perlenkette aneinander. "Herrensparzier meine Herrschaften, hier sehen Sie das Kristallballett aus echten Kristallen, das indische Bad, den lebenden Kronleuchter!"

Die Revue besteht aus etwa 20 Bildern, deren Reihenfolge im Programm festgelegt ist. Bei der Premiere ergab sich die Notwendigkeit, das achte Bild erst hinter dem fünfzehnten zu bringen. Das störte durchaus nicht, woraus man sich einen Begriff von der ganzen Sache machen kann. Zusammenhang ist unnötig. Die Bühne wird dazu benutzt, immer neue glänzende lebende Bilder zu zeigen, an denen einzig der riesige Kostenaufwand und der Aufwand bis zur Grenze des polizeilich Erlaubten enklideter weiblicher Massen zu bewundern ist. Direktor Klein besetzt sich dabei rührender Kindlichkeit im Auffinden eines künstlerischen Stils. Auf manchen Rummelplätzen konnte man elektrische Riesensorgeln anhören, an deren Front sich allegorische Figuren und flimmernde Spiegelreflexe über sich zur Bewusstlosigkeit drehen. Diesen Stil scheint er übertraffen zu wollen. Als Berater hat er sich offenbar den Schaufensterdekorateure eines Warenhauses vertrieben, der mit der neuen Zeit nicht mehr mit kann. Die Weihnachtsschaufelade der Warenhäuser hatten indesten den Vorteil, daß man hinauszugehen konnte, wenn man genug hatte. Direktor Kleins Revue dauert aber von sieben bis zwölf, so daß Zuschauer und Darsteller sich

dauerten. Bruno Kastner lochte den ganzen Abend bezwingend; wir wollen hoffen, daß er im nächsten Jahrzehnt seine Begabung etwas erweitert. Seine einzige Mimik, das Zeigen seiner schönen Zähne, kennen wir nun schon. Wenn Paul Westermeyer mit seiner liebenswürdigen und drastischen Komik nicht gewesen wäre, ich würde, wie Gott, eigelassen sein.

Ach ja, die Revue heißt kein Mensch weiß warum, "Die Welt ohne Schleier". Mit demselben Recht könnte sie "Beine ohne Strümpfe" oder "Theater ohne Geist" genannt werden. Ernst Degner.

Minderwertige "Schülergeschichten" des Engländers Garrold, schließt u. Co. in immer neuen Auflagen auf den Markt. Vor diesem katholischen Ritz muß gewarnt werden. "Das wilde Aebelsatt" z. B. dessen 6. Auflage (1922) uns vorliegt, schildert in 24 Kapiteln die Geschichte einer "Schwarzen Bruderschaft" vom Schlags des "Bundes der Sieben". Schlimmer noch ist, daß die Lösung durch Kirchengang, Gebet und Rosenkranz erfolgt! Etwas Besseres ist schwer ausfinden. — Es ist unverständlich, daß wir solches Gift aus dem Ausland importieren, noch dazu in so schwerfälliger Uebersetzung und so minderwertiger Ausstattung, wo bei uns Dutzende von Jugendschriftstellern auf Druck und Verbreitung warten. A. J.

"Reku" und "Stoga". Seit 15 Jahren wird über eine deutsche Einheitssternographie verhandelt, aber aus den Verhandlungen ist statt einer Einigung eine — Vermehrung der vorhandenen Systeme hervorgegangen. So hat schließlich das Reichsministerium des Innern selbst die "Regierungskurzschrift" (vorm. Gehelberger), abgelehnt Reku, ausgearbeitet, die aber von den neuen Schulen anderen Systems in Grund und Boden kritisiert worden ist. Dies gibt Herrn A. Otto in Frankfurt a. M. Anlaß, an seine früheren Bemühungen von Einführung seines Einheitsystems Stoga (Stofge-Gabelberger) zu erinnern, dessen Vorzüge nach Ditos Angabe auf seiner mathematischen Grundlage beruhen. Im übrigen müssen wir uns verloggen, zur Sache Stellung zu nehmen, denn für die Zuschristenliste, die wir damit entstellen würden, fehlt uns durchaus der Platz.

Volksbühne G. B. Der zweite Vortrag von Leo Reichenberg: "Abert Schumanns Leben und Werke", findet am Sonntag, den 14., abends 8 Uhr, im Reichstheater statt. Leonid Kreutzer wird "Carnaval", Kindergeigen und umhüllende Kliden zum Vortrag bringen. In den Staatlichen Museen beginnen Sonntag, den 14., die wissenschaftlichen Vorträge durch Direktortheater. Am genannten Tage führt im Kaiser-Friedrich-Museum Dr. Uebel in der vorberathlichen Abteilung um 11 Uhr und in der Sammlung für Deutsche Volkskunde (Stoßstr. 36) Prof. Brunner um 9 1/2 Uhr. Eine Lektüre ist 11 Uhr im 1. und 2. Stunde vor Beginn der Vorträge am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Die Filmnahmen aus den Sowjetrepubliken, die Dr. Collin Koch auf seiner russisch-asiatischen Reise machte, und die zum großen Teil von der politischen Genur Georgiens in Satum zurückgehalten worden waren, sind jetzt freigegeben worden, und werden am 12., abends 6 Uhr, in der "Urania", von einem Vortrag von Colin Koch begleitet, vorgeführt werden. Gleichzeitig gelangen Filmnahmen aus Persien zur Vorführung, die ebenfalls zurückgehalten worden waren.

## Poincarés Taktik.

### Deutschland als Objekt des französischen Wahlkampfes.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die gegenwärtige Verschleppungspolitik Poincarés auf folgende Weise erklärt: Der französische Ministerpräsident ist gegenwärtig infolge der Einstellung des deutschen Widerstandes an der Ruhr in den breiten Massen des französischen Volkes außerordentlich volkstümlich. Die großen Pariser Blätter loben ihn über alle Maßen und haben eine Stimmung erzeugt, die sich nur mit dem Siegesrausch von 1919 vergleichen läßt. Würden die Neuwahlen demnächst stattfinden, so wäre mit einem fast ebenso erdrückenden Sieg des Nationalen Blocks zu rechnen wie im November 1919. Die bürgerlichen Radikalen, die sich in den neun Monaten des Ruhrkampfes zu keiner klaren Stellungnahme für oder gegen die Gewaltpolitik an der Ruhr aufraffen konnten, stehen jetzt als diejenigen da, die einen Sieg begrüßen, an dem sie selbst nur mit halbem Herzen mitgewirkt haben. Sozialisten und Kommunisten gelten als die schlechten Franzosen, die den französischen Erfolg zu hintertreiben versucht hätten.

Es gilt nun für die Regierung und die Presse des nationalen Blocks, diese Stimmung möglichst lange, also bis zu den Wahlen vom April 1924 um jeden Preis aufrechtzuerhalten. Die Gefahr liegt aber für sie darin, daß bei der Lösung der Reparationsfrage der trügerische Charakter dieses „Sieg“ allzu offen in Erscheinung treten könnte. Denn bald würden Millionen von Franzosen erkennen, daß das Ruhrabenteuer auch für sie mit einem furchtbaren Passivsaldo abschließt: Zu den ungeheuren Kosten der Besetzung kommen noch der Ausfall von neun Monaten freiwilliger Reparationslieferungen, ferner die wirtschaftlichen Verluste der eingeschränkten eigenen Hochenergieerzeugung und vor allem die durch die deutsche Wirtschaftskalamität offenkundig verminderte deutsche Reparationsfähigkeit. Schon jetzt bemühen sich zwar die Blätter der Opposition, auf die Seite der Bilanz hinzuweisen, natürlich aber ohne viel Erfolg, da die französische Öffentlichkeit ausschließlich die Tatsache der deutschen Kapitulation erblickt. In einigen Monaten aber könnte es ganz anders werden, wenn das Volk beim Abschluß der Reparationsverhandlungen erkennen würde, daß dasselbe Ergebnis, und sogar ein noch weit besseres, viel billiger, nämlich ohne die Besetzung des Ruhrgebietes hätte erreicht werden können. Daher das Bestreben Poincarés, den Beginn der eigentlichen Reparationsverhandlungen unter allerlei Vorwänden möglichst lange hinauszuschieben. Sein Sieg an der Ruhr ist ihm eigentlich zu früh gekommen. Zwei bis drei Monate später wären ihm und dem Nationalen Block aus Wahlgründen viel lieber gewesen.

Nun dringt andererseits selbst in die offiziellen französischen Kreise die Erkenntnis immer mehr durch, wie ernst sich die Lage Deutschlands seit dem Sommer gestaltet hat. Es ist nicht lange her, daß Poincaré den verschiedensten Wartern gegenüber erklärte, er glaube nicht an die bevorstehende deutsche Katastrophe, das sei nur ein Bluff, ein Wanders der letzten Stunde, mit dem die Deutschen den Franzosen die Früchte ihres Sieges entreißen möchten. Diese Vogel-Strauß-Politik, die vielleicht bei dem engstirnigen Mißtrauen Poincarés gegenüber Deutschland bis zu einem gewissen Grade aufrecht gewesen sein mag, läßt sich aber nicht mehr weiter verfolgen. Sonderberichterstattungen der größten, regierungsfrommen Pariser Blätter, die seit einer Woche in Berlin weilen, haben die Lage Deutschlands in einer Weise geschildert, die das Argument des „deutschen Bluffs“ glatt widerlegt. Poincaré weiß nun, daß seine Verschleppungstaktik unfehlbar zum Zerfall Deutschlands führen muß und steht nun vor der Frage, wie er trotzdem seinen Sieg an der Ruhr wahltagatorisch bis zum April 1924 ausnützen könnte.

In dieser Bedrängnis ist ihm die Separatistenbewegung im Rheinland, die er bisher angeblich nicht unterstützt haben will, ein sehr willkommener Reservetrumpf in der Hand. Soll er schon durch den vollständigen Zusammenbruch und Zerfall Deutschlands auf die Reparationen des Versailler Vertrages gänzlich verzichten müssen, dann will er wenigstens im nächsten Frühjahr als der Mann dastehen, der durch die Zerschlagung der deutschen Reichseinheit und durch die Errichtung einer autonomen Rheinischen Republik die Sicherheit Frankreichs endgültig gewährleistet haben würde.

Eine grausame und letzten Endes auch kurzfristige Politik. Sie wird übrigens immer mehr auch in den Organen der französischen Linksopposition durchschaut und gebrandmarkt. Es ist aber nötig, daß man sich auch bei uns über diese Gedankengänge Poincarés und über die wahren Motive seiner Verschleppungstaktik Klarheit schafft. Während in Deutschland die innere Politik fast ausschließlich durch die Entwicklung der außenpolitischen Lage beherrscht wird, wird die französische Außenpolitik hauptsächlich durch innerpolitische Beweggründe geleitet. Deutschland ist zum Schachbrett des französischen Wahlkampfes vom nächsten Frühjahr geworden.

## Eine Wucherverordnung für Bayern.

München, 9. Oktober. (Eigener Bericht.) Das Generalfstaatskommissariat dürfte in den nächsten Tagen strenge Maßnahmen gegen das Wucher- und Schiebertum ergreifen. Für besonders schwere Fälle wird die Todesstrafe angedroht. Sie ist ausschließlich vorgesehen für die Verschleppung bayrischer Lebensmittelprodukte ins Ausland. Empfindliche Freiheitsstrafen sind auch geplant für den Wucher mit Kohlen und Brennholz.

Das Verbot des „Heimatland“, der Wochenschrift des „Kampfbundes“, ist nicht auf eigene Anordnung des Herrn von Kahr zurückzuführen, sondern stellt eine polizeiliche Maßnahme dar. Das Eingreifen der Polizei wurde dadurch ermöglicht, daß diese Wochenschrift selbst in Ankündigungen von sich als dem Erlaß des verbotenen „Beobachters“ sprach und auch seinen Kolporteurs Plakate mit entsprechenden Hinweisen mitgab. Das Verbot des „Heimatland“ dauert bis zum 14. Oktober.

## Der marxistische Kahr.

München, 10. Oktober. (W.B.) Der Generalfstaatskommissar v. Kahr greift nunmehr auch in die Angelegenheiten der Milchversorgung Bayerns ein. Er hat umfassende Anordnungen erlassen, die u. a. den Landwirten jede über den dringenden Eigenbedarf hinausgehende Verarbeitung und Verfüllung der Milch verbieten (1), die Wegnahme von Buttermaschinen vornehmen und säumige Landwirte mit erheblichen Abgaben belegen. Der Verkauf von Milchzeugnissen innerhalb Bayerns und außerhalb Bayerns wird von der Genehmigung der Landesfeststelle abhängig gemacht. Zurselt beschäftigt sich das Generalfstaatskommissariat mit anderen (1) wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die sich vor allem gegen den Wucher und das Schiebertum richten.

## Devisen-Kleinjagd.

Das jahrelange blutige Ringen hat uns gelehrt, daß im Kriege alle Mittel anwendbar sind. An diese traurigen Ereignisse wird man erinnert, wenn man die Stellung der bürgerlichen Blätter zu dem Kampf des Devisenkommissars gegen die Herren Schieber beobachtet. Würde da neulich eine Razzia auf verschleierte Devisenbesitzer in einem Kaffeehaus am Kurfürstendamm veranstaltet, die den immerhin nicht unbeträchtlichen Betrag von — umgerechnet — 950 Goldmark ergab. Die genannte Presse beehrt das Kaffeehaus mit dem Ehrenitel „Literatencafé des Westens“ und ist darüber höchst entzückt, daß man den „harmlosen Literaten“ zu Leibe ging. Sie stellt die Behauptung auf, daß diese Leute „vielleicht“ gerade das Honorar für einen Artikel oder ein Gedicht (1) in einer ausländischen Zeitung einlöslich hätten und sich nun für das „bisher wertbeständige Geld“ eine Tasse Kaffee gönnten. Da sie nun aber wenige Zeilen vorher mitteilt, daß 214 Dollar beschlagnahmt wurden, so enthält diese Tatsache die ja höchst erfreuliche Erscheinung, daß die amerikanischen Zeitungen sich danach reihen, für ihr schweres Geld die Literatur der Jünglinge des „Literatencafés des Westens“ zu erwerben oder sie gar als regelrechte Korrespondenten für „Artikel“ anzustellen. „Welch ein Schicksal auf eine ernste Angelegenheit!“ Diesen Stoßscheuffer preßt sich eine solche Zeitung ab und ahnt nicht, wie trefflich diese Worte auf ihr Bismarck passen. Die „Literaten“, diese „harmlosen Leute“, werden sich wohl als gewiegte Schieber erwiesen haben und wohl ihre Gründe haben, ihren Devisenbesitz auf dem Weibe mit sich zu tragen. Daß solche Darstellungen, wie die gekennzeichneten, nicht dazu beitragen, die Arbeit des Devisenkommissars zu erleichtern, liegt auf der Hand.

## Da sind die Devisen!

Auf dem deutschen Zollgrenzkommissariat in Bodenbach ist gestern eine aufsehenerregende Verhaftung vorgenommen worden. Bei der Zollkontrolle wurde ein in der Berliner Gesellschaft sehr bekannter Direktor, der Leiter eines großen Verleicherungsunternehmens, festgenommen, bei dem man 9000 Dollar und 200 englische Pfund fand, die offenbar ins Ausland gebracht werden sollten. Seitens der Behörden ist der Name des in Frage kommenden Herrn nach nicht bekanntgegeben worden. Wie wir erfahren, wollte der Berliner Direktor nach Wien fahren, und mußte sich wie üblich der Zollkontrolle in Bodenbach unterziehen. Offenbar hatte das dortige Zollgrenzkommissariat eine Mitteilung erhalten, daß eine Devisenjagd beabsichtigt sei. Bei der Durchsicherung der in Frage kommenden Verleicherer fand man die oben angegebenen Beträge, die einen Wert von rund 16 Billionen Papiermark darstellen. Der Besitzer der ausländischen Banknoten wurde vorläufig in Haft genommen und von den Zollbeamten dem zuständigen Amtsgericht zugeführt, wo eine Vernehmung über den Ursprung und den Zweck des Geldtransportes vorgenommen wurde. Die Hauptdirektion sowie das Finanzministerium sind von der Beschlagnahme der selbst für heutige Verhältnisse respektablen Summe verständigt worden.

## Strotzpreis nach dem Dollarstand!

Infolge der Dollarhauffe ist auch der Weizenpreis in bauerndem Steigen begriffen. Er liegt am gestrigen Tage um mehr als 3 Milliarden Mark pro Doppelzentner. Da sich auch dementsprechend alle übrigen Materialien, insbesondere die Kohle, verteuern, sehen sich die Bäckmeister gezwungen, mit sofortiger Wirkung, also vom morgigen Donnerstag ab, den Preis für das markentreue Brot auf 110 Millionen und für die Schrippe auf 45 Millionen Mark zu erhöhen. Auch die übrigen Gebäcksorten steigen im Preise entsprechend.

Der einfache Menschenverstand wird es schwer begreifen, daß es gegen diese Katastrophenhauffe, gegen das stündlich sich vollziehende Sinken der Mark, gar kein, aber auch gar kein Mittel mehr geben soll. Das Spiel mit der Mark wird von der Verbrecherclique in Industrie und Börse in aller Gemütsruhe voll zynischer Unersorgtheit fortgesetzt und nirgends rührt sich eine Hand, die ihm ein Ende bereitet.

## Milch 48 Millionen.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Vom 11. Oktober dieses Jahres ab kostet ein Liter Vollmilch 48 Millionen, ein Liter Rahm 12 Millionen. Die A-Milchmarken werden mit einem 1/2 Liter, die B-Milchmarken sowie die Marken für werdende Mütter (C-Marken) mit je einem halben Liter Milch beliefert.

## Der Mord an einem Berliner Einbrecher.

### Wie die Tat aufgeklärt wurde.

Ein Mord, der an einen Berliner Einbrecher, der im Juni d. J. in der Gubener Gegend verübt wurde, ist jetzt von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt worden. In der Nacht zum 12. Juni wurde bei dem Rittergutbesitzer v. Jastrow auf Balzig bei Schwiebus eingebrochen. Die Täter erbeuteten eine große Menge Silberzeug. Sie wurden ermittelt als ein gewisser Otto Rietzsche, ein Hans Hüttner, der unter dem Spitznamen der „barrische Seppi“ bekannt war, und ein Wohnungsloser Johann Stachowiat, der aus dem Ruhrgebiet gekommen war. Einige Tage vorher hatten die Drei schon bei der Gasmwerksstr. 10 in Henzendorf, bei der sie wiederholt nächtigen, die Räucherlampe ausgeräumt und Kleider gestohlen. Dann verübten sie einen Einbruch in Streichwitz. Bald darauf sollten sie den Plan, bei Frau Raut noch einmal einzubrechen und sie niederzuschlagen, wenn sie Widerstand leisten sollte. Zur Ausführung dieses Plans aber kam es nicht mehr, weil Rietzsche und Hüttner festgenommen wurden.

Dagegen wurde in der Nacht, die für den Einbruch bei Frau Raut bestimmt gewesen war, das Sommerhäuschen eines Lehrers erbrochen. Nach einigen Tagen fand in diesem Häuschen ein Dorfbewohner die Leiche eines Mannes, der durch einen Kopfschuß getötet worden war. Mit der Aufklärung der Einbrüche und dieses Kapitalverbrechens beschäftigte sich jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei. Durch langwierige Ermittlungen gelang es dem Kriminalwachtmeister Klepnecht, festzustellen, daß der Tote der Arbeiter Stachowiat ist, und daß dieser mit zwei unbekanntem Männern, die er in der Augustbergerstraße in Berlin getroffen hatte, gesehen worden war, als er mit ihnen nach Henzendorf fuhr. Der einzige Anhalt für die Ermittlungen dieser beiden war der Umstand, daß einer von ihnen eine blaue Wäsche getragen hatte. Wachtmeister Klepnecht ermittelte, daß dieser Mann mit der blauen Wäsche öfter eine Straßenbahnlinie benutzt hatte, die am Sektiner Bahnhof vorbeiführt, und auf Grund dieser Feststellung endlich, daß er in der Gegend des Nordendbahnhofs hausen mußte. Hier fand er ihn jetzt in der Berlin eines 23 Jahre alten Schlossers Friedrich Runzinger, der in der Waldowstr. 22 zu Niederhöhenhausen bei seiner Mutter wohnte, und nahm ihn fest unter dem Verdacht, Stachowiat ermordet zu haben. Runzinger leugnete zunächst, räumte aber die Täterschaft seines Komplizes ein, als ihm nachgewiesen wurde, daß Pilsener ihn beobachtet hatten, wie er fluchtartig bei Henzendorf in den Wald hineinstief. Jetzt behauptet er, er habe mit Stachowiat in dem Sommerhäuschen übernachtet und dort morgens, als Stachowiat noch schlief, eine Pistole an der Wand hängen sehen. Diese Waffe habe er herabgenommen und damit geschossen. Da sei unversehens ein Schuß losgegangen und die Kugel habe Stachowiat in den Kopf getroffen. Vor Schreck und Furcht sei er erst donangelaufen, dann aber noch einmal zurückgekehrt und dem Toten, dem die Pistole gehörte, das Geld und die Papiere abgenommen. Diese habe er, nicht weit von dem Häuschen entfernt, in ein Loch gesteckt. Der Verdacht wurde unter dem dringenden Verdacht des Mordes dem Untersuchungsrichter vor-

geführt. Es ist so gut wie sicher, daß er einen Zeugen seiner Einbrüche hat beseitigen wollen, um ihn auch noch zu berauben. Den andern Mann, mit dem er in Begleitung Stachowiaks nach Henzendorf hinausgefahren ist, will er nicht kennen.

## Gas und Polizei.

### Notgemeinschaften gegen die erliegenden Gaswerke.

Von einer Polizeikorrespondenz wird die Nachricht verbreitet, daß die Gasfrage jetzt auch die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei beschäftigt. Gegen verantwortliche Personen der städtischen Gaswerke und der Gasbetriebsgesellschaft sind bei der Staatsanwaltschaft mehrere Anzeigen wegen Erpressung und Wuchers eingegangen. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin die Angelegenheit zur Klärung der Kriminalpolizei überwiesen. Sie wird vom Kriminalkommissar Dr. Bösch im Polizeidienstgebäude in der Georgenkirchstraße 30a bearbeitet.

### Man schreibt uns von unterrichteter Seite:

Wenn man in den Versammlungen sogenannter „Gasnotgemeinschaften“ hört, wie die öffentlichen Werke als Räuber und Erpresser hingestellt werden, so setzt man sich an den Kopf und fragt sich, wie solch ein Mangel an Verständnis für die einfachsten wirtschaftlichen Zusammenhänge überhaupt möglich ist. Abgesehen von der allgemeinen Not, ist der einzig berechtigte Kern in allen Klagen der Wucher, die Wasser-, Gas- und Stromrechnung in kürzeren Zwischenräumen zu bezahlen, ein Wunsch, den die Werke nach Möglichkeit zu erfüllen suchen. Die Forderung aber, unter Beihilfe des Richters die Entwertung der Mark zu ignorieren und bei der am heutigen Tage erfolgenden Zahlung des um Wochen zurückliegenden Verbrauches nur die Gaspreise von damals zu entrichten, heißt doch nichts anderes, als mit allen Kräften den so fortigen Ruin der Werke herbeiführen wollen. Denn selbst wenn die Werke alles so bezahlt bekommen, wie sie es verlangen, sind sie in der denkbar ungünstigsten wirtschaftlichen Lage. Sie sehen sich auf der einen Seite einem geschlossenen Ringe von Groß-Unternehmungen gegenüber und müssen alles, aber auch alles, was sie nötig haben, in Gold kaufen. Auf der anderen Seite steht ihnen von ihren Abnehmern, auch für die Nebenprodukte Koks und Teer, langsam und zähflüssig aus Millionen von Kanälen ein Strom von Papiergeld zu, das sich immer sofort entwertet in seinem Gange vom Kunden zur Hauptkasse, von der Hauptkasse bis zur Bank und von da wieder bis zum Kohlenhändler. Die Verluste der Werke aus der Geldentwertung sind einfach fürchterlich und werden noch bis ins Unersichtliche gesteigert durch die feindselige Haltung der Kundenschaft, trotzdem diese viele Jahrzehnte hindurch tadellos bedient worden ist. Gewiß, die einzelnen Bürger sind alle in Not. Aber es ist sinnlos, eine „Notgemeinschaft“ zu gründen gegen die Werke, welche durch die natürliche Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge in eine viel größere Zwangsmühle geraten sind als jeder einzelne. Man denke an das Gend der russischen Städte, die Vernichtung der Bürger und Arbeiter setzte ein, als es keine öffentlichen Werke mehr gab, als nach Gas, Wasser und Elektrizität auch die Eisenbahn verlangte. Will man diese Zustände, die vielleicht unauflöslich auf dem Werke sind, herbeiführen, so fahre man unter Führung des reaktionärsten Teiles der Reichs- und Landespresse in den geschäftigen Angriffen auf die Werke fort. Wer aber einen klaren Kopf behält, der stelle sich der Gemeinschaft der notleidenden Werke zur Verfügung, verjähre ihren Kampf ums Dasein zu verstehen, und nach Kräften die nach Lage der Dinge möglichen Rechnungen zu begleichen. Vor allem müssen die Zeitungen ihren Lesern und der Regierung Tag für Tag vor Augen halten, daß es mit dieser Rohke weit über dem Weltmarktpreise und diesem Währungssektor nicht mehr weiter geht. Wir brauchen schleunigst nicht nur Goldnoten, sondern auch werksfähige Zahlungsmittel für den Kleinhandel, denn der Anfang vom Ende ist schon da.

## Die Gemeinschaftsschule im 19. Bezirk.

Zur Eröffnungsfest der Lebensgemeinschaftsschule in Niederschönhausen versammelten sich am letzten Sonntag die zur Einschulung angemeldeten Kinder, deren Eltern und auch Freunde der Schule in der Turnhalle der 2. Gemeindegemeinschaft. Die Halle hatte ihr nächstes, alltägliches Aussehen gründlich verändert. Was noch an Blumen und Laub in Gärten und Wald zu finden war, schmückte die Wände und verbergte die Turngeräte. Ueber dem Rednerpult war die große republikanische Schulfahne angebracht, umgeben von Grün und bunten Blumen. Die Halle konnte die Menge der Festteilnehmer kaum fassen. Der Gesangverein „Zukunft“ eröffnete die Feier mit dem Beethoven'schen Lied „Weiche des Gefanges“. Dann begrüßte ein Vertreter der Elternschaft die Erschienenen und gab einen kurzen Rückblick über all die überwundenen Schwierigkeiten, die der Errichtung der Schule entgegengekommen hatten. Nach einem ergreifenden, stimmungsvollen Prolog ergriff der Leiter der Gemeinschaftsschule, Rektor Blecher, das Wort zur Festrede. Er sprach warm aus innerstem Herzen von dem, was ist und von dem, was sein soll, von Not und Sorgen, unter denen wir leiden und von Glück und Frieden, die wir uns erkämpfen wollen. Nach abermaligem Gesang und der Rezitation des „Bergpsalm“ von Dehmel beauftragte Bürgermeister Rudig mit warmen Worten die neue Schule. Vom Oberstadtschulrat Paulsen, der leider nicht erscheinen konnte, traf ein herzliches Glückwunschtelegramm an Eltern, Lehrer und Kinder ein. Mit dem „Festgesang“ von Paul Kurz schloß die Feier. Am Dienstag hat nun die Schule ihre Arbeit begonnen. Sie sucht neue Wege, um neue Menschen zu bilden und darum auch an dieser Stelle ein herzliches „Glückauf“.

## Die Mieteinigungsämter tagen nicht.

Der Magistrat Berlin hat am 3. Oktober im „Gemeindeblatt“ befohlen, daß die Mieteinigungsämter, da die neuen Besitzer nicht rechtzeitig gewählt werden konnten, nur unter dem Vorbehalt Termine abhalten und Beschlüsse fassen dürfen. Diese Ansicht ist, wie man uns mitteilt, falsch, da sie den Grundcharakter der Besetzung der Mieteinigungsämter durchbricht. Trotz aller Vorbehalten der Mieteinigungsämter haben sich der Ansicht des Magistrats nicht angeschlossen, weil jeder ohne Zustimmung der Parteien nur durch den Vorsitzenden gefasste Beschlüsse rechtswirksam wäre. Es könnte allenfalls damit gerechnet werden, daß manche Parteien, wie es schon früher gelegentlich bei dem Ausbleiben eines Besitzers geschah, sich dem Beschlusse des Vorsitzenden unterwerfen, damit Verzögerungen vermieden werden. Weil aber eine solche Einigung nie mit Bestimmtheit voraussetzen ist, tagen die Mieteinigungsämter überhaupt nicht. Das wird voraussichtlich noch bis in den November hinein andauern. Erst am 19. Oktober ist die Frist ab für die vor der Wahl eingehenden Verpflichtungserklärungen der neuen Besitzer. Es tagen dagegen die bekanntlich nur für laufende Instandsetzungen eingerichteten Schlichtungskammern, weil diese eigene Besitzer haben, deren Wahlzeit noch nicht abgelaufen ist.

Der bekannte Paktist Universitätsprof. Herzog Max zu Sackten sprach heute, Mittwoch abend 7 1/2 Uhr, im Herrenhaus, Lehnhagen Str., über: „Der Feinde, ein menschlicher, christlicher und katholischer Gedanke“.

Schlagende Wetter zerschloß eine belgische Kohlengrube bei Mons. 5 Arbeiter sind dabei getötet worden.

## Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nach vereinsamten leichten Niederschlägen zeitweilige Aufhellung mit nachlassenden westlichen Winden. Später neue Trübung und Regen. Temperaturen unverändert.

# Gewerkschaftsbewegung

## Eine gelbe Organisation.

Der Zentralverband der Landarbeiter, der zwar zu den christlichen Gewerkschaften gehört, aber von dem deutschen nationalen Abgeordneten Behrens geleitet wird, ist in Wirklichkeit eine gelbe Gewerkschaft. Wenn man weiß, daß es in dieser angeblichen Gewerkschaft sogar möglich ist, daß die Mitgliedsbeiträge von den Gutsbesitzern den Arbeitern abgezogen bzw. von ihrem Deputat einbehalten werden (ein im „Casseler Volksblatt“ vom 19. September veröffentlichtes Rundschreiben des Bezirksleiters Oberbößel enthält eine strikte Anweisung darüber), dann kann man eine Vorstellung davon haben, welche Interessen diese angebliche Gewerkschaft vertritt.

Es ist notwendig, auf die politischen Triebkräfte hinzuweisen, die zur letzten Regierungsreise führten. Bekanntlich war nicht nur innerhalb der Volkspartei, sondern auch innerhalb des Zentrums eine Gruppe für Auflösung der großen Koalition und Bildung einer Regierung unter Einbeziehung der Deutschen Nationalen. Es ist deshalb angebracht, daran zu erinnern, daß der deutsche nationale Abgeordnete Behrens, als Vorsitzender des Zentralverbandes der Landarbeiter, in der Ausschussführung des christlichen deutschen Gewerkschaftsbundes bereits am 28. September den Sturz der Koalitionsregierung und die Bildung einer rein bürgerlichen Regierung unter Einbeziehung der Deutschen Nationalen gefordert hat. Es braucht ja nicht zu überraschen, daß eine von den Agrariern geführte Organisation schließlich deren Interessen vertritt. Wir wissen nicht, ob der Gewerkschaftsbund sich stark genug fühlt, um eine derartige Nachbarschaft abzulehnen. Jedenfalls wissen nun auch die Landarbeiter, daß der Zentralverband der Landarbeiter eine gelbe Organisation ist, die der deutschen nationalen Reaktion Vorpostendienste leistet.

## Amerika, du hast es besser!

Die II. berichtet aus New York, daß der amerikanische Gewerkschaftsbund mit 27 539 gegen 107 Stimmen beschlossen hat, den Kommunisten Dunne auszuschließen. Diese Ausschließung der amerikanischen Gewerkschaftsleiter geht denn doch zu weit! Nicht einen einzigen Kommunisten können sie vertragen?

Für uns ergeben sich daraus folgende Rückschlüsse: Der amerikanische Arbeiter erfreut sich wesentlich günstiger Lebensbedingungen; er lebt besser. Deshalb findet die kommunistische Agitation seinen Anklang. Sie wird offenbar auch nicht derart intensiv betrieben wie in Europa, da der rollende Rubel wohl gegen die Dollar aufkommen kann, aber nicht gegen den Dollar. Dennoch möchten wir der Moskauer Zentrale empfehlen, den Schwerpunkt ihrer Agitation einzuweichen nach den Vereinigten Staaten zu verlegen, wenigstens solange, bis die amerikanischen Gewerkschaften wenigstens den einen Kommunisten zulassen. Inzwischen bekommen wir in Deutschland etwas mehr Bewegungsfreiheit im Innern der Gewerkschaften, um die Einheitsfront zur Sicherung des Achtstundentages und zur Erreichung besserer Lohnbedingungen erfolgreich aufzunehmen, woran die deutschen Gewerkschaften heute durch die kommunistischen Vorwürfsparolen und Verspottungsaktionen ständig behindert werden. Außerdem kennen wir die kommunistische Taktik schon zu genau, während Amerika Neuland für den russischen Kommunismus ist.

An den Erfolg unseres guten Rats glauben wir allerdings nicht recht. Einmal weil seine Befolgung der Moskauer Zentrale etwas umständlicher und wenig aussichtsreich erscheinen dürfte, weiter aber weil uns bessere Ernährungsverhältnisse als Vorbild in der Bewegung erscheinen, den Einfluß der kommunistischen Agitation in Deutschland auf ihren Unwert zurückzuführen.

## Schiedsspruch für die Hausangestellten.

Da eine Einigung über die Nichtlöhne der Hausangestellten zwischen den Hausfrauenvereinen und den Hausangestelltenorganisationen nicht erreicht werden konnte, hat der Schlichtungsausschuss in seiner letzten Sitzung einen Schiedsspruch gefällt. Nach diesem Schiedsspruch erhalten die Hausangestellten für den Monat September mit freier Wohnung, Heizung und Beleuchtung:

Dienende Hausangestellte unter 15 Jahren 210 Millionen, unter 16 Jahren 375 Millionen, Alleinmädchen oder Stütze ohne Kochen 420 Millionen, Alleinmädchen oder Stütze mit Kochen 525 Millionen, Perfekte Köchin 735 Millionen, Hausmädchen, einfaches 420 Millionen, Hausmädchen, perfektes 630 Millionen, Wirtschaftlerin ohne Mädchen 630 Millionen, Wirtschaftlerin mit Mädchen 840 Millionen, Kinderfrauen 420 Millionen, Kinderfrauen mit Vorbildung 630 Millionen, Herrschaftlicher Diener, ledig, 750 Millionen, Herrschaftlicher Diener, verheiratet, 900 Millionen, Aushilfen pro Tag 42 Millionen Mark.

In Pohnisch-Oberschlesien traten die Besorgten sämtlicher Kohlengruben und die Arbeiter einiger Hütten in einen 24stündigen Proteststreik, um auf die Lohnverhandlungen einzuwirken. Die Arbeiter fordern seit Wochen eine Lohnerhöhung. Die letzte Lohnerhöhung war auf Vorschlag eines Regierungsvertreters auf 26 Prozent festgesetzt worden, während die Gewerkschaften 50 Prozent gefordert hatten. Die Gewerkschaften beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren, falls die Verhandlungen nicht zu einem die Arbeiter befriedigenden Ergebnis führen.

Die Verhandlungen führten jedoch in den gestrigen Nachstunden zu einer Einigung.

Selbst die Foshillen Streiken, wenn es gegen einen Lohnabzug geht. Die Arbeitgeber der graphischen Industrie haben sich geweigert, den foshillischen Arbeitern die am 20. September (dem Tag des Zusammenbruchs des Kirchenstaates) feierlichen, für diesen Tag den Lohn zu zahlen. Die foshillischen Gewerkschaften in Rom haben daraufhin den Streik erklärt.

Die Arbeitslosigkeit in England nimmt einen immer erschreckenderen Umfang an. In Newcastle sind in den letzten 20 015 Arbeitslose eingetragen, und obwohl die Staatsbehörde die Ausfuhr von Hosen- und Wegerarbeiten beschloß, erweist sich diese Abhilfe als durchaus unzureichend. In Yorkshire und Northumberland beträgt die Zahl der Arbeitslosen 257 649. In Bradford, dem Mittelpunkt der Baumwollindustrie, erreicht die Zahl der Arbeitslosen 16 811, darunter 4000 Arbeiterinnen. Der Arbeitsminister teilte gestern mit, daß der ministerielle Arbeitsausweis täglich 100 000 und noch vor Zusammentritt des Parlaments eine Entscheidung bekanntgeben werde. Im Freistaat Irland hat sich die Situation gleichfalls sehr verschärft. Am 1. Oktober betrug die Zahl der Arbeitslosen dort 12 087.

## Internationale der Lebensmittelarbeiter.

(Schluß des Kongresses.)

In der Dienstag-Sitzung gab der Unionsvorstand eine Erklärung zu Protokoll, die besagt, daß er in einem Antrag der russischen Kollegen enthalteneren Angriffe gegen die IWA nicht billigen kann.

Sodann gelangten die gestellten Anträge und Resolutionen zur Behandlung. Ein scharfer Kampf entspann sich wegen der vom Unionsvorstand vorgelegenen

### Sicherungen gegen die Zellenarbeit

und die Herausgabe von Publikationsorganen durch Nebenzentralen. Die russischen Kollegen versuchen die Erreichung einer Abschwächung. Diese wird abgelehnt. Die Statuten erhalten folgende Ergänzung in § 2:

Zur Erledigung der Aufgaben der Union sind einzig ihre Organe zuständig. Jede Bildung von Nebenzentralen sowie jede organisatorische Bindung einzelner Verbände zum Zwecke der Bekämpfung der Union ist unzulässig.

Die Herausgabe von Publikationen internationalen Charakters ist den angeschlossenen Organisationen untersagt.

Alle Publikationen, die sich auf Verbreitung von Mitteilungen beziehen, haben einzig und allein durch das von der Union herausgegebene Mitteilungsblatt, dessen Raum allen Verbänden zur Verfügung gestellt wird, zu erfolgen.

Sollten einzelne der Organisationen Statutenverletzungen sich zu schuldig machen lassen, dann hat der Vorstand das Recht, diese Organisationen aus der Union auszuschließen.

Den ausgeschlossenen Organisationen steht das Rekursrecht an den nächsten Kongress zu.

Eine längere Diskussion entfiel wegen der tschechischen Frage. Dort bestehen zwei Gewerkschaftszentralen; die Verbände sind diesen angeschlossenen. Eine endgültige Lösung könne nur durch eine Vereinigung der bestehenden Landeszentralen herbeigeführt werden. Bis zur definitiven Regelung werden Richtlinien für die Verbände der Lebensmittel-Internationalen aufgestellt, die ein Zusammenarbeiten ermöglichen. Die Frage der

### Schaffung von Industrieverbänden

gibt den Delegierten Gelegenheit, ihre Ansicht zu dieser wichtigen Sache zu äußern. Angenommen wird eine Einischließung, wonach der zweite Kongress der Internationalen Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter als die nächste Aufgabe die Umgestaltung der bestehenden Organisationen von Berufs- zu Industrieverbänden erachtet. Die Exekutive erhält Auftrag, Richtlinien auszuarbeiten, die einen organisatorischen Aufbau zu Industrieverbänden ermöglichen sollen.

### Zu der Frage

### Abschaffung der Nacharbeit

in den Bädereien liegt eine Resolution vor, die die Zustimmung erhält. Sie soll mit der erforderlichen Begründung der gesamten Presse übermitten werden. Dem nächsten internationalen Gewerkschaftskongress wird der Antrag übermitten, die Bestrebungen auf eine vollständige Beseitigung der Nacharbeit in den Bädereien von allen angeschlossenen Landeszentralen zu unterstützen. Die Landeszentralen sollen den Verbänden der Bädereiarbeiter jeden Schutz angeheben lassen und ihren Einfluß in den Parlamenten in diesem Sinne geltend machen.

Bon den russischen Genossen liegen noch einige Resolutionen über Bulgarien, die Offensive des Kapitals, Reaktion und Faschismus sowie über die Zustände in Deutschland vor. Der Referent des

Unions-Vorstandes ersucht den Kongress, von den Resolutionen Abstand zu nehmen. Die angefaßten Verbände werden aufgefordert, im Sinne der Resolutionen zu handeln.

Den deutschen Kameraden sichert der Kongress moralische und finanzielle Hilfe zu. Einmütig erklären die Delegierten, daß sie es als ihre Pflicht betrachten, hier internationale Solidarität zu wahren.

Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung erbetet der Kongress

## Aus der Partei.

### Südamerikanische Parteifragen.

Die Sozialdemokratie Südamerikas (SPA) hielt vom 21. bis 23. v. M. ihren Parteitag in Belgrad unter dem Vorsitz des Genossen Trajkovitch ab. Genosse Karatsch berichtete u. a., daß die Partei schwer getroffen wurde durch den Austritt des Genossen Dragitscha Laptsewitsch, der sich unter Berufung auf gesundheitliche und private Rücksichten zurückgezogen hat. Dieser Schritt hat besonders in Serbien schlechte Folgen zeitigt. Die Konsolidierung der Partei, die auch an inneren Konflikten litt, gelang nicht in mündigenwertem Maß, und zwar wegen der vollständigen Mittellosigkeit der Parteileitung. Die Parteisteuer — und dies ist die einzige Einnahmequelle — ergab 18 000 Dinar. Mit besonderer Geldschwierigkeiten hat das Zentralorgan „Radnitsche Novine“ (Arbeiter-Zeitung) zu kämpfen, welches bis zum Tage des Kongresses ein Defizit von 130 000 Dinar aufzuweisen hat, das fast ganz von der Gauorganisation Serbien gedeckt wurde.

Bei den allgemeinen Wahlen am 18. März hatte die Partei in Serbien zum erstenmal in 6 Wahlbezirken Kandidatenlisten aufgestellt und bekam zusammen 1750 Stimmen. In zwei Bezirken wurden gegen den Willen der Parteileitung gemischte Listen aufgestellt, jedoch kann man annehmen, daß auch auf diesen Listen ca. 800 sozialistische Stimmen entfielen. In Bosnien wurden 1843 Stimmen für die Partei abgegeben, in Kroatien 7414 Stimmen erreicht, in der Wojwodina aber in fünf Wahlbezirken 23 852 Stimmen und zwei Mandate erobert, zwei weitere Kandidaten sind im Kampf unterlegen. In Slowenien waren gemischte Listen aufgestellt, jedoch erhielt die Partei nach einer annähernden Schätzung rund 12 000 Stimmen. Alles zusammen ein namhafter Erfolg, welcher eine Garantie für die weitere Entwicklung der Partei gibt. — Auf dem Kongress waren alle sozialistischen Organisationen aus allen Gebieten des Staates, ausgenommen Dalmatien, vertreten: Serben, Kroaten, Slowenen, Deutsche und Magyaren; gerade im Schwabenland bestehen starke sozialistische Organisationen, die mit den Deutschen nationalen den heftigsten Kampf führen müssen. In der Debatte bedienten sich die Delegierten ihrer Muttersprache.

Der Kongress hat eine neue Aufteilung des Staates nach Stammesgrenzen einstimmig abgelehnt, sich aber für demokratische Selbstverwaltung aller Gemeinden, Kreise und Gaue ausgesprochen. Er sprach sich mit allem Nachdruck gegen die Diktatur der Radikalen Partei aus.

Die Partei lehnt auch künftighin jede Beziehung zu der „Unabhängigen“, d. h. kommunistischen Partei rundweg ab, solange sich diese Partei nicht auf den Boden der Demokratie stellt und alle Verbindungen abbricht, welche ihr die freie Bewegung und ein Anpassen an die Notwendigkeiten und Bedürfnisse des Proletariats im Staate unmöglich machen.

Mit großer Begeisterung ist der Beitritt zu der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen beschlossen und die Parteileitung beauftragt worden, mit allen sozialistischen Parteien am Balkan wegen Einberufung einer Konferenz dieser Parteien in Verbindung zu treten.

Die Nachrichten aus Bulgarien haben auf den Kongress einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht, sowohl in Hinsicht der neu ausgebrochenen Revolution der Agrarier und der Kommunisten wie in bezug auf die Teilnahme der bulgarischen sogenannten „Reisozialisten“ an der Regierung.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kaffierer! Am Donnerstag, den 11. Oktober, abends 6 Uhr, findet im „Rosenhaler Hof“, Rosenhaleer Str. 11/12 (Weißer Saal), eine Konferenz aller Abteilungs- und Kreis-Kaffierer statt. — Das Erscheinen aller ist unbedingt erforderlich. — Als Legitimation dient Mitgliedsbuch und Funktionärkarte. J. W.: Alex Bogels.

36. Wkt. Freitag abends 7 1/2 Uhr Juchabend in den bekannten Lokalen. Stellungnahme zur Bezirksvorstandswahl.

Jugendsozialisten, Ortsgruppe Neukölln. Donnerstag, den 10. Okt. im Jugendheim, Rosenthaler Str. 53, Vortrag des Genossen Kurt Wagner: Das Gebot der Stunde. Die allerer Mitglieder der Arbeiterjugend sind dazu beizutreten eingeladen.

<p>Der gute Kapitän-Kantabak in den meisten Zigarrengeschäften erhältlich.</p> <p>C. Röcker, Berl., Lichtenberger Straße 22, Kst. 3561</p> <p>Krause-Pianos zur Miete</p> <p>Ansbacher Str. 1, 1. u. 2. Etage</p>	<p><b>LETLANDS</b></p> <p>einzig große deutsche Morgenzeitung</p> <p><b>Ritgische Nachrichten</b></p> <p>Organ der demokratischen Deutschbalten</p> <p>Bestes Informationsorgan über Volkswirtschaftliche Fragen Lettlands und aller übrigen Randstaaten</p> <p>Allwöchentlich, Sonder-Ausgabe über Lettlands Wirtschaft, Handel und Industrie</p> <p>Verbreitetstes Inseratensorgan</p> <p>Redaktion und Expedition: Kleine Königstraße 9, Riga, Lettland</p>
---	--

**BÜCHER GESUCHT**

Wir sind ständige Abnehmer von antiquarischer, besonders sozialistischer Literatur.

**VERLAG DER NEUEN GESELLSCHAFT**

W. 15, Sächsische Str. 7 — Platzburg 2146

**TRAURINGE**

in jed. Größe u. Qualität, stets vorrätig, nur bill. Preisberechnung.

**M. Dinse, Juwelier**

Lichtenberg, Frankl. Allee 202

Nähe Bahn, Lichtenb.-Friedrichstr.

Teleph. Lichtenberg 3322

**Metallbetten PATENTE**

Dr. Bogdan, Inhaber 4 Treub.-Vereln, Postfach 111, Göttinger Str. 1

**Wirklich gut und preiswert kaufen Sie noch im Volksschuhhaus**

(i. Hause des Neuen Volkshausers)

**ISMA Köpenicker Straße 68**

**Riesige Auswahl in schwarz, u. farbige Herren- u. Damenstiefeln sowie Halbschuhen, Kinderstiefeln, Leinenschuhen und Sandalen.**

**Adamynin-Rheuma-Nierenpastillen u. Nieren-Tea**

unerreicht gegen 106/11

**Nieren- u. Blasenleiden**

Rheuma, Gicht und Wasseraucht

**Adamynin-Tabletten** sicher wirkend gegen

**Gallensteine**

Gelbsucht, Leber- und veraltete Magenleiden von Ärzten als hervorragend anerkannt und empfohlen. In allen Apotheken erhältlich. Prospekt versendet kostenlos

**C. Adamy, Breslau X, Krenzburger Str. 4**

**Depot: Apotheke zum gekrönten Adler**

Berlin N. Auguststr. 60.

# „Vorwärts“-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Vaupersbühl: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.  
 Prenzlauer: Wacker, 174, am Pappenberg.  
 Weiden: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße.  
 Köpenick: Bülowstr. 47, an der Glienickerstraße. — Pringens-  
 Straße 11, Hof rechts portiere.  
 Oden: Marzische, 36. — Petersburger Platz 4.  
 Schöneberg: Kaulbacher Platz 14/15.  
 Haken: Jannaschstr. 24; Garmen-Sofos-Str. 37, Gilmann.  
 Knecht: Wilhelmshagen Str. 48 und Sittenstr. 37 bei Hüttenberg.  
 Wedding: Müllerstr. 24, Ecke Albrecht Straße.  
 Rosenfelder und Odenburger Vorstadt: Baifstr. 9, Gendarmenbrunn; Schölerstr. 7.  
 Schöneberg: Vorstadt: Großbuckower Str. 22.  
 Uhlenhof: Al. Waller, Genossenschaftsstr. 6, portiere.  
 Wilmersdorf: S. Jannasch, Garmen-Sofos-Str. 37.  
 Baumgarten: Frau Rapp, Riehlstr. 189, Laden.  
 Garmen: Hakenstr. 36, Ecke Sittenstr. 37, Laden.  
 Friedrichsberg: Frau Bernau, Müllerstr. 8.  
 Spandau: P. Donnerberg, Hüttenberg, 11.  
 Köpenick: Hartmann, Genossenschaftsbau Paradies.  
 Haken: Garmen, S. Jannasch, 22, v. 3. Et.  
 Köpenick: Hakenstr. 36, an der Hakenstr. 36, Laden.  
 Charlottenburg I: Sittenberg, Str. 1.  
 Charlottenburg III: Joachim, Kaiserbaum 102, Garten-  
 Haus 1, 2.

Charlottenburg IV: Dusen, A. Wagners, Str. 47, portiere.  
 Prenzlauer: Emil Zwang, Schornederstr. 11.  
 Köpenick: Rapp, Garmen-Sofos-Str. 37.  
 Haken: Garmen, S. Jannasch, 22, v. 3. Et.  
 Köpenick: Hakenstr. 36, an der Hakenstr. 36, Laden.  
 Charlottenburg I: Sittenberg, Str. 1.  
 Charlottenburg III: Joachim, Kaiserbaum 102, Garten-  
 Haus 1, 2.

Wilmersdorf: S. Jannasch, Garmen-Sofos-Str. 37.  
 Köpenick: Hakenstr. 36, an der Hakenstr. 36, Laden.  
 Charlottenburg I: Sittenberg, Str. 1.  
 Charlottenburg III: Joachim, Kaiserbaum 102, Garten-  
 Haus 1, 2.

Spandau: P. Donnerberg, Hüttenberg, 11.  
 Köpenick: Hakenstr. 36, an der Hakenstr. 36, Laden.  
 Charlottenburg I: Sittenberg, Str. 1.  
 Charlottenburg III: Joachim, Kaiserbaum 102, Garten-  
 Haus 1, 2.